

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 11

Artikel: Die 80er Jahre : Orwells Jahrzehnt
Autor: Strasser, Johano
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347745>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

noch schwieriger, noch ungerechter als sie es ohnehin schon ist, das Durchbrechen von Herrschafts- und Gewaltsverhältnissen fast unmöglich werden. Das Ziel, eine humanistische, eben eine sozialistische Ökonomie, die nicht nur für ein paar reiche Industrieländer einigermassen gültig wird, sondern für alle Menschen ist schwer zu erreichen.

Die Zentren der Macht werden immer weniger, aber potenter. Ziel der kapitalistischen Strategen ist die politische Demobilisierung des Bürgers. In den letzten Jahren wurde dieser Demobilisierungseffekt etwas gebremst, zaghaft nur, aber Zeichen sind da. Es sind Bürgerinitiativen entstanden. Die grösste unter ihnen ist die Sozialdemokratische Partei. Ihre Aufgabe ist es, den technokratischen Faschismus zu verhindern – mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln.

Strategie und Taktik, die in den Zentren der Macht entwickelt wurden sind von uns zu wenig beachtet worden – auf allen Ebenen. So haben wir die Analyse dieser glänzenden Organisationsformen und ihrer subtilen und weniger subtilen Machtinstrumente sträflich vernachlässigt. Solange es mit der schweigenden Zustimmung von Arbeitnehmern und Bürgern möglich ist, dass die staatliche Unterstützung von nationalen und multinationalen Unternehmen in diesem Land als Wirtschaftspolitik bezeichnet wird, die Interessen der Arbeitnehmer aber «nur» als Sozialpolitik (die man beliebig beuteln darf), solange werden

wir den Fuss in der Türe von Verwaltung und Behörden haben. Die Frage ist doch nicht, ob wir in der Exekutive bleiben wollen, sondern ob wir bleiben müssen. Das muss nicht so bleiben und soll uns nicht daran hindern, hart darüber zu diskutieren. Wir nehmen uns auch das Recht – ob es dem Bürgertum nun passt oder nicht – die Arbeit der Exekutivmitglieder unter die Lupe zu nehmen und allenfalls auch zu kritisieren.

Die Sozialdemokratische Partei hat mir die Betreuung der Roten Revue anvertraut. Ich verstehe diese Zeitschrift als ein Ort, wo wir gemeinsam und laut nachdenken, Ideen und Theorien erörtern, viel-

leicht modifizieren, verbessern oder gar verwerfen. Die Rote Revue ist für die gesamte Partei da. Kein wirklicher oder auch nur eingebildeter Flügel wird sie vereinnahmen, aber alle sollen sich äussern können. Die Politik der Sozialdemokraten wird zweifellos radikaler werden, das heisst nicht, dass die Schritte auch grösser werden. Wenn die Richtung stimmt, ist jeder Schritt von grösster Bedeutung, sagt Erich Fromm.

Jeder Radikalismus ohne Menschlichkeit pervertiert, wie an vielen Beispielen zu beweisen wäre. Die Radikalität der SP muss und wird eine menschliche Radikalität sein.

Johano Strasser

Die 80er Jahre: Orwells Jahrzehnt

Das Buch war zu seiner Zeit ein Bestseller: George Orwells «1984», das im Jahre 1949 erschien. Inzwischen schreiben wir das Jahr 1980. Orwells Roman hat sich von der Science Fiction langsam zur unmittelbar bevorstehenden Zukunftsvision durchgemausert. Die 80er Jahre haben begonnen. Der deutsche Sozialist, Publizist und Politiker Johano Strasser, fragt im folgenden Artikel, ob die 80er Jahre zu Orwells Jahrzehnt werden und was man allenfalls gegen die Schrecken dieser Vision un-

ternehmen kann. Johano Strasser ist Mitherausgeber und Redaktor der Zeitschrift L 80.

Als George Orwell im Jahre 1949 seine düstere Zukunftsvision «1984» veröffentlichte, hatte man in Europa gerade damit begonnen, die Trümmer des bis dahin grauenvollsten Krieges zu beseitigen. Zwei Weltkriege, Stalins Säuberungen, die Schreckensherrschaft der Nazis, die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki hatten den humanistisch-aufklärerischen Glau-

ben an den Fortschritt zu mehr Vernunft und Menschlichkeit tief erschüttert. Utopien standen nicht hoch im Kurs. Die Menschen hatten alle Hände voll zu tun, um mit der Gegenwart fertig zu werden. Wer dennoch einen Blick in die Zukunft tat, tat dies zu meist mit gründlicher Skepsis. 1984? Wer Stalinismus und Faschismus erlebt hatte, zweifelte nicht daran, dass unter Menschen alles möglich war.

Indessen ging das Leben weiter. Aus Amerika, dem strahlendsten und mächtigsten unter den Ländern, die Nazi-Deutschland besiegt hatten, drang die Kunde von unglaublichem Wohlstand, schier unbegrenzten technischen Möglichkeiten in das zerstörte Europa. Die glitzernden Wunderdinge, die nun in grosser Zahl über den Atlantik kamen, besetzten die Phantasie, dirigierten die Träume. In Amerika waren die Autos grösser, die Häuser höher, die Reichen reicher. Dies waren anschauliche Beweise für Fortschrittlichkeit. Die schreckliche Vergangenheit erschien als barbarische Vorzeit. Das Moderne, die Zukunft – das war Amerika. Ihm nachzueifern, schien die beste Garantie dafür zu bieten, dass die Schrecken der Vergangenheit sich nicht wiederholten.

Die Lösung hieß: Fortschritt ohne Ideologie. Seine Spuren markierten immer neue Rekorde auf technisch-ökonomischem Gebiet.

Wer hätte in den 60er Jahren etwas anderes vorausgesagt als neue Höchstleistungen der Ökonomie und der Technik, noch mehr Wohlstand,

Macht, Sicherheit und Freiheit? Trotzdem wurde Orwells Buch gerade in den 50er und 60er Jahren auch bei uns zum Bestseller. Ganz so sicher war man sich offenbar nicht, dass die Glücksverheissungen des technisch-ökonomischen Fortschritts in Erfüllung gehen würden. Aber es gab ein probates Mittel, sich gegen den Orwellischen Alpträum zu schützen: Man verlegte die pessimistische Zukunftsvision stillschweigend über die «Systemgrenze» nach Osten. Dass hier im Westen dergleichen sich entwickeln könnte, daran glaubte ernsthaft kaum jemand.

Es ist erstaunlich, wie schnell sich der Fortschrittsglaube von den schweren Schlägen erholte, die er in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts erhalten hatte. Die Schreckensherrschaft der Nazis wurde nun als Rückfall in die Barbarei der Vergangenheit interpretiert, und dies fiel um so leichter, als sich die Unmenschlichkeit in Deutschland mit pseudogermanischem Plunder drapiert hatte, der ganz offensichtlich mit der modernen (amerikanischen) Lebensweise nichts mehr zu tun hatte. Faschismus und Stalinismus erschienen als durch und durch rückständig. Wenn man sich gegen den «Totalitarismus» wandte, dann meinte man die alten Dämonen des Dogmatismus, des Welterlösertums, der Intoleranz, der Machtgier. Eine Gesellschaft, die aller Ideologie abgeschworen hatte, so schien es, war gegen den Rückfall in die Barbarei gefeit. Heute sind wir dessen nicht mehr so sicher. Seit dem Be-

ginn der 70er Jahre ist es uns zunehmend deutlicher bewusst geworden, dass wir auf dem eingeschlagenen Weg nicht mehr lange fortschreiten können, ohne unsere natürliche Lebensbasis zu zerstören. Die gewaltige Apparatur zur Produktion und Verwaltung unseres Wohlstands erweist sich als störuingsanfälliger, als wir geglaubt hatten. Die Einführung neuer gefährlicher Technologien wirft die Frage auf, ob wir nicht Sklaven unserer eigenen Produkte geworden sind. Angst und Skepsis prägen wieder das Bild der Zukunft. Nach einer Umfrage vom Januar 1980 glauben nur noch 33% der Bundesbürger, dass die technologische Entwicklung zu mehr Freiheit führe. 56% meinen, dass sie die Menschen eher unfreier mache.

Wer heute Orwells Buch wieder liest, kann sich nicht mehr so leicht mit dem Gedanken beruhigen, dies alles habe mit der Realität, in der er lebt, nichts zu tun. «Das von der Partei angestrebte Ideal», schreibt Orwell, «war etwas Grosses, Schreckliches, Gleissendes – eine Welt aus Stahl und Beton, eine Welt von riesigen Maschinen und furchtbaren Waffen...»¹ Ist dies nicht die Welt, die in den Chefetagen der grossen Konzerne und in den staatlichen Bürokratien geplant und entwickelt wird? Und zeigen nicht Metropolen wie New York mit ihren endlosen Slums, den unbewältigbaren Müllbergen, der wuchernden Kriminalität, den völlig über-

1 George Orwell, 1984, Ullstein-Ausgabe, Frankfurt/Berlin/Wien 1976, S. 70.

forderten Versorgungssystemen, der drückenden Armut und dem wachsenden psychischen Elend, dass Orwell auch in der Schilderung der schäbigen Kehrseite dieser technischen Wunderwelt recht hatte? Freilich: Die politischen Rahmenbedingungen sind deutlich verschieden. Aber wer garantiert uns, dass dies auf Dauer so bleibt? Ist die Praxis der Gesinnungsüberprüfung bei Kriegsdienstverweigern und Kandidaten des Öffentlichen Dienstes nicht schon ein erster Schritt zur Orwellschen «Gedankenpolizei»? Sind Wortprägungen wie «Nachrüstung» und «Entsorgungspark» nicht bereits Ansätze zu jener perfiden «Neusprache», die aus einer Folterzentrale ein «Ministerium für Liebe» werden lässt? Es wäre sicherlich verhängnisvoll, die unselige Faschismusthese eines Teils der Neuen Linken durch unvorsichtige Analogien zu Orwells «1984» wieder aufleben zu lassen. Die Bundesrepublik oder die anderen westlichen Demokratien als faschistische oder quasifaschistische Herrschaftssysteme zu bezeichnen, zeugt von gefährlicher Blindheit für die Realität und für das, was Faschismus wirklich bedeutet. Dennoch bleibt eine Irritation. Die Perfektionierung der Überwachungssysteme durch Bespitzelung und Datenverarbeitung, die fast grenzenlosen Möglichkeiten der Manipulation des Bewusstseins durch Psychofarmaka und Gehirnwäsche und schliesslich die neuen Techniken der geplanten Veränderung des Erbguts, die von den Molekularbiologen

rastlos weiter vervollkommen werden, lassen sie nicht Orwells negative Utopie als machbar erscheinen? Und haben wir nicht Grund anzunehmen, dass das, was machbar ist, irgendwann einmal auch wirklich wird?

Trojanische Pferde?

Dass anderswo die Menschenrechte täglich mit Füssen getreten werden und die Menschen nicht einmal die Freiheit haben, der Entmündigung und Entmenschlichung politischen Widerstand entgegenzusetzen, darf uns nicht zu dem Schluss veranlassen, bei uns sei, abgesehen von kleineren Fehlern, alles in Ordnung.

Die Verdrängung unserer eigenen Zukunftsängste klappt immer noch erstaunlich gut. Die Feinde der Freiheit ortet man hierzulande fast immer nur jenseits der Grenze – jener Grenze, die zwischen den beiden deutschen Staaten verläuft, und jener, die das kleine Häufchen von «Extremisten» von dem Gros der Bürger trennt. Dass in unserer Lebensweise selbst, in den sozialen Strukturen unserer von Wissenschaft und Technik geprägten Welt, in der Dominanz ökonomischer und technischer Rationalität, Gefahren für Freiheit und Menschlichkeit liegen, das wird dabei nicht selten übersehen. Die von Robert Jungk ausgelöste Debatte um den «Atomstaat» zielt genau auf diesen Punkt. Sind es vielleicht gar nicht mehr die alten Dämonen, die unsere Freiheit bedrohen? Haben wir möglicherweise mit den neuen

Technologien trojanische Pferde in unsere Demokratie eingelassen, die uns schon bald zum Verhängnis werden können?

Wenn dies so ist, müssen wir allerdings Orwell heute anders lesen. Nicht die totale Herrschaft einer fanatischen Parteielite ist die Drohung, die über den 80er Jahren schwebt, sondern die schrittweise Aushöhlung der Demokratie durch die lautlose Diktatur der Sachzwänge. Nicht vom Rückständigen, von den unaufgeklärten Mächten der Vergangenheit droht die grösste Gefahr, sondern von den modernsten Errungenschaften unserer technisch-ökonomischen Lebensweise selbst. «1984» bedeutet nicht die Möglichkeit des Rückfalls in die Barbarei. Es bedeutet die Möglichkeit der Pervertierung des Fortschritts, eines Fortschritts, dem der Massstab fehlt, aus dem Machbaren das Menschliche auszuwählen.

Risse in unserem technisch-ökonomischen Weltbild wurden schon seit langem sichtbar. Aber wir interpretieren sie zumeist als Anpassungsschwierigkeiten. Und auch hier bot Amerika Lösungen, Lösungen, die demselben Geist entsprungen waren, der auch die Probleme erzeugt hatte: «operations research», «technology assessment» – technische Bewältigung technischer Probleme. Auf sozialdemokratisch hiess dies in der ersten Hälfte der 70er Jahre «Verbesserung der Prognose-, Planungs- und Steuerungskapazitäten». Was die Sozialdemokraten von den Konservativen unterschied,

L'80

Heinrich Böll
Günter Grass
Thomas Kosta
Carola Stern
Johano Strasser
Heinrich Vormweg

Heft 13

Editor: Günter Grass
Kolumnen: Günter Grass, Carola Stern, Thomas Kosta, Heinrich Vormweg
Artikel: Helmut Schmidt, Günter Grass, Thomas Kosta, Carola Stern, Heinrich Vormweg
Rezensionen: Günter Grass, Thomas Kosta, Carola Stern, Heinrich Vormweg
Interviews: Günter Grass, Thomas Kosta, Carola Stern, Heinrich Vormweg
Reviews: Günter Grass, Thomas Kosta, Carola Stern, Heinrich Vormweg

Johano Strasser
Die 80er Jahre: Orwells Jahrzehnt?

L'80 ist eine Zeitschrift für Demokratie und Sozialismus mit politischen und literarischen Beiträgen. Sie erscheint vierteljährlich, kostet im Abonnement etwa 50 und als Einzelnnummer 15 Franken. Herausgeber sind Heinrich Böll, Günter Grass, Thomas Kosta, Carola Stern, Johano Strasser und Heinrich Vormweg. L'80 kann direkt abonniert oder über den Buchhandel bestellt werden. Geschäftsführender Redaktor ist Johano Strasser, der Autor unseres nebenstehenden Artikels. Die Verlagsgesellschaft befindet sich an der Deutz-Kalker Straße 46, 5000 Köln 21.

war ihre Überzeugung, dass «jeder Fortschritt von Technik und Wissenschaft zielbewusst mit einem Fortschritt der Demokratie und der sozialen Rechtsstaatlichkeit verbunden werden» könne und müsse.² Dass der technisch-ökonomische Entwicklungskurs selbst gegen die Demokratie und gegen die soziale Rechtsstaatlichkeit ausschlagen könne, das kam auch der Linken kaum in den Sinn.

Erst die gesellschaftlichen Konflikte um die Atomenergie haben die Aufmerksamkeit auch auf die Technik und ihre immanente Dynamik gelenkt. Was in Wyhl, Brokdorf, Grohnde und anderswo zutage trat, sich in einer wachsenden Flut technikkritischer Literatur niederschlägt, neue politische Kräfte entstehen lässt und in den alten, insbesondere in der SPD, die Reiz-

themen und die Fronten verändert, ist nichts anderes als die sich allmählich zur Gewissheit läuternde Angst, dass das technisch-ökonomische Fortschrittsmodell, das von Europa aus die Welt erobert hat, einen lebens- und menschenfeindlichen Zug enthält, der durch alle Bemühungen um mehr Demokratie und mehr soziale Gerechtigkeit nicht zu bändigen ist. Gründlicher noch als die herkömmliche Kapitalismuskritik, die zwar die Produktionsverhältnisse kritisiert, aber die Produktivkräfte selbst, die Technik, das Maschinenwesen, die grossen Verwaltungsapparaturen für unschuldig erklärt, müssen wir uns heute mit den Triebkräften unserer technisch-ökonomischen Zivilisation auseinandersetzen.

Was Horkheimer und Adorno die «Dialektik der Aufklärung» genannt haben, hat seinen Grund nicht in einer beklagenswerten Unzulänglichkeit der Menschen, sondern in der Einseitigkeit und den Verzerungen des rationalistisch-aufklärerischen Weltbilds selbst. Dies ist es, was die computergläubigen Technophantasten, die uns eine Science-Fiction-Zukunft als Menschheitsideal vorgaukeln, nicht begreifen können. «Definieren Sie mir, was Freude ist, und ich baue Ihnen einen Computer, der sich freuen kann.» Wer könnte über Aussprüche wie diesen heute noch schmunzeln? Baut der Triumph der technokratischen Rationalität nicht gerade darauf auf, das Undefinierbare, das Nicht-Quantifizierbare zu eliminieren und damit das Le-

ben selbst, die Subjektivität, den Menschen zur störenden Randbedingung zu machen? Für den unseligen Karl Steinbuch besteht kein Zweifel daran, «dass die perfekte Technik der Endzustand ist, auf den zu sich die Technik bewegt». Wenn dieses «Ideal» vielleicht niemals ganz zu erreichen ist, so liegt dies an der Irrationalität, an der mangelnden Anpassungsfähigkeit des Menschen. «Das Individuum mit seiner Unberechenbarkeit und seinem nur scheinbar gebändigten Egoismus», warnt Steinbuch, «darf einfach die Schalthebel der perfekten Technik nicht in eigener Verantwortung betätigen.»³ Die Lösung kann nur sein: Versachlichung (= Entmenschlichung) der gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse: Eliminieren Sie mir den Faktor Mensch, und ich konstruiere Ihnen eine ideale Gesellschaft! Aber was ist, wenn der Rest, von dem bei den «Restrisiken» die Rede ist, das Wesentliche, das eigentlich Lebenswerte ist? Gibt es einen anderen gangbaren Weg als den eingeschlagenen? Haben wir überhaupt die Wahl?

Sowohl die glühenden Apologeten als auch die geschworenen Gegner unserer technischen Zivilisation sind zu meist von der Zwanghaftigkeit der Entwicklung zur «perfekten Technik» überzeugt. Was bei Steinbuch unwiderstehliches Diktat der Vernunft, ist

2 Helmut Schmidt in: Horst Ehmke (Hg.), Perspektiven sozialdemokratischer Politik im Übergang zu den 70er Jahren, Reinbeck 1969, S. 37.

3 Karl Steinbuch, Falsch programmiert, Stuttgart 1968, S. 144.

bei Spengler dumpfe «seelenhafte Notwendigkeit». Spengler denunziert das Unheil, einen Ausweg sieht er nicht: «In der Tat aber vermögen weder die Köpfe noch die Hände etwas an dem Schicksal der Maschinentechnik zu ändern, die sich aus innerer, seelenhafter Notwendigkeit entwickelt hat und nun der Vollsiedlung, dem Ende entgegengreift... Die Schöpfung erhebt sich gegen den Schöpfer: Wie einst der Mikrokosmos Mensch gegen die Natur, so empört sich jetzt der Mikrokosmos Maschine gegen den... Menschen. Der Herr der Welt wird zum Sklaven der Maschine. Sie zwingt ihn, uns, und zwar alle ohne Ausnahme, ob wir es wissen und wollen oder nicht, in die Richtung ihrer Bahn. Der gestürzte Sieger wird von dem rasenden Gespann zu Tode geschleift.»⁴

Das war im Jahre 1931, und Spengler war ein Konservativer. Das macht es leicht, sich im Namen des Fortschritts von seiner Technikkritik zu distanzieren. Die wenigen Linken, allen voran Ernst Bloch, die die Skepsis gegenüber unserer Technik teilten, drangen nicht durch. Die Linke, die marxistische zumal, war in der Regel felsenfest von der Zwangsläufigkeit der technisch-ökonomischen Entwicklung überzeugt. Was sie beschäftigte, waren fast ausschliesslich die politischen und sozialen Rahmenbedingungen, Probleme der Verteilung, der Klassencharakter der Sozialbeziehungen, die politische Seite der Herrschaft. Das wissenschaftlich-technische Paradigma unse-

rer Zivilisation liessen sie unangetastet. Dass man bei der Frage nach der Alternative zum Kapitalismus die vom Kapitalismus hervorgebrachte wissenschaftlich-technische Zivilisation nicht aussparen kann, dämmerte vielen erst in den letzten Jahren. Marcuses Buch «Der eindimensionale Mensch» hat wesentlichen Anteil daran.

Technik und Herrschaft

Viele haben es immer noch nicht begriffen. Dies gilt für den weitaus grössten Teil der Gewerkschaftsbewegung und für grosse Teile der Sozialdemokratie. Aber es ist hier immerhin etwas in Bewegung gekommen. Nirgends werden die ökologischen Probleme und die Gefahren neuer Technologien heftiger diskutiert. Anders bei den blinden Dogmatikern der DKP. «Bei der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie», so heisst es in einer Pressemitteilung ihres Parteivorstandes, «sehen wir uns konfrontiert – und das ist das Entscheidende – mit der Klassenfrage. Das ist die Frage, unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen wird die Kernenergie genutzt? Die technischen Prinzipien, nach denen Kernkraftwerke in der Sowjetunion oder in der Bundesrepublik gebaut oder betrieben werden, sind vom Prinzip her die gleichen. Und diese technischen Prinzipien ermöglichen einen sicheren Betrieb von Kernkraftwerken. Ob jedoch dieser sichere Betrieb stattfindet oder nicht, hängt ab vor allem von den gesellschaftlichen Verhältnissen.»⁵

Nur scheinbar wird in Stellungnahmen wie diesen die Technik zum Politikum. Das Beharren auf der Klassenfrage soll nur sagen: In der Sowjetunion wird dieselbe Technik perfekter realisiert und verantwortungsvoller angewandt – ein nicht gerade überzeugender Anspruch, wenn man sieht, wie die armen verstossenen Verwandten des Henry Ford seit Jahrzehnten vergeblich versuchen, den Standard der USA zu erreichen. Das Thema «Technik und Herrschaft» ist im sogenannten «realen Sozialismus» tabu. Man übernimmt ganze Autofabriken mitsamt der Arbeitsorganisation, der Bandproduktion, den Befehlshierarchien, der exzessiven Arbeitszerteilung usw. vom Klassenfeind und behauptet fröhlich, dass in der Sowjetunion «die Arbeit immer mehr zum ersten Lebensbedürfnis der Menschen» werde.⁶ Ein Widerspruch, dessen Trostlosigkeit darin gründet, dass hier versucht wird, die Dialektik des Fortschritts in der Propaganda aufzuheben.

Das Problem ist unübersehbar: Wo man nur immer die eine Technik sieht, wo die faktische Entwicklung der technischen Produktivkräfte für die einzige mögliche oder doch die einzige vernünftige genommen wird, da gibt es nur die Alternative zwischen Ver-

4 Oswald Spengler, *Der Mensch und die Technik*, München 1931, S. 74f.

5 Pressemitteilung des Parteivorstandes der DKP Nr. 30/77 (Düsseldorf, den 1.4. 1977).

6 So im gültigen Parteiprogramm der KPdSU aus dem Jahre 1961.

zweiflung oder kritikloser Bejahung. Für eine kritische Befassung mit unserer Technik und ihren Auswirkungen auf das gesellschaftliche Leben bleibt da kein Raum. « Unsere bisherige Technik», schreibt Bloch im «Prinzip Hoffnung», «steht in der Natur wie eine Besatzungsarmee in Feindesland.»⁷ Ihm schwebt eine andere Technik vor, eine «Allianztechnik», die sich die Natur, die aussermenschliche und die menschliche, zum Verbündeten macht, die es dem Menschen erlaubt, im Vollzug der technischen Prozesse er selbst zu sein – als Individuum, als Sozialwesen und als Naturwesen.

Die Linke, sofern sie Bloch überhaupt zur Kenntnis nahm, hat noch vor kurzem über Stellen wie diese hinweggelesen, ohne die Aktualität des Gedankens zu bemerken. Erst heute werden wir uns allmählich der Bedeutung des Themas «Technik» bewusst. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: jene grosse Hoffnung der bürgerlichen Revolution, die durch den Kapitalismus verraten und von der Arbeiterbewegung neu belebt wurde, lässt sie sich bei Fortsetzung unseres technisch-ökonomischen Entwicklungskurses überhaupt einlösen? Oder haben wir eher Grund anzunehmen, dass das bescheidene Mass an Humanität und Freiheit, das unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen erkämpft werden konnte, auf Dauer vernichtet werden wird, wenn kein Kurswechsel erfolgt?

Wer an Demokratie und Sozialismus festhält, weil das eine ohne das andere keinen hu-

manen Sinn ergibt, kann sich um diese Fragen nicht herumdrücken. Er muss neben den

Produktionsverhältnissen auch die Produktivkräfte dem «Scheidewasser der Kritik» aussetzen, und er wird dabei zwangsläufig zurückgeführt auf die ideologischen Grundlagen unserer wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Unsere moderne Technik ist von Anfang an geprägt vom selben Geist der Abstraktion, der Rechenhaftigkeit, der Ausbeutung, der auch den Kapitalismus kennzeichnet. Für Galilei und Newton ist das Wahre und Wirkliche das Zählbare, Messbare, Quantifizierbare. Und diese Voreingenommenheit für das Mathe-matisierbare hat sich bis heute erhalten. Wo immer die moderne Technik Fuss fasste, hat sie auch den Menschen dem Diktat der Zahl unterworfen. In Ost und West reduziert die Technik den Menschen zur Arbeitskraft, messbar in Arbeitsstunden und Stückzahlen.

Friedrich Engels sah den Despotismus der modernen Produktionsweise, aber er hielt ihn für unvermeidlich, in der Sache selbst begründet, nicht in den sozialen Verhältnissen: «Der mechanische Apparat einer grossen Fabrik ist um vieles tyrannischer, als es jemals die kleinen Kapitalisten gewesen sind, die Arbeiter beschäftigen. Wenn der Mensch mit Hilfe der Wissenschaft und des Erfindergenies sich die Naturkräfte unterworfen hat, so rächen sich diese an ihm, indem sie ihn in dem Masse, wie er sie in seinen Dienst stellt, einem wahren Despotismus unterwerfen,

Unsere bisherige Technik steht in der Natur wie eine Besatzungsarmee im Feindesland. Vom Landesinnern weiss sie nichts.

Ernst Bloch

der von allen sozialen Organisationen unabhängig ist.»⁸ Engels argumentiert gegen die Anarchisten, die nicht bereit waren, den «Despotismus» der modernen Technik als Sachzwang zu akzeptieren. Für ihn sind sie romanti-sche Spinner, die Freiheit und Selbstbestimmung fordern, wo allein Unterwerfung unter Sachgesetzlichkeiten ver-nünftig ist.

Befreiung der Arbeit

Wo bleibt da die Befreiung der Arbeit, die Aufhebung der Entfremdung? Die Abschaffung kapitalistischer Ausbeutung und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, selbst wenn sie voll und ganz gelängen, kön-nen ja gerade nach Engels den Despotismus der moder-nen Produktionsweise nicht aufheben. Alle Hoffnung muss sich also auf die fortschreiten-de Befreiung von der Arbeit richten. Verkürzung der Arbeitszeit durch technischen Fortschritt, durch Rationali-sierung und Automation, das ist die nüchterne Auffassung vom Sprung ins «Reich der Freiheit», der, unter dem Ein-

7 Ernst Bloch, Das Prinzip Hoffnung, Bd. 2, Frankfurt/M. 1959, S. 184.

8 Friedrich Engels, Von der Autorität, MEW 18, 306.

fluss von Engels, schliesslich auch Marx seinen Tribut zollt. Im 3. Band des «Kapital» schreibt er: «Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äussere Zweckmässigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion.»⁹ Von der Kritik der Arbeitsteilung ist hier nicht mehr viel übriggeblieben. Heute unterscheiden sich die Zukunftsvisionen orthodoxer Marxisten in diesem zentralen Punkt kaum von denen eines Herman Kahn. Das Traumziel ist hier wie dort die automatisierte Wirtschaft, deren ungeheure Produktivität es den Menschen endlich erlauben soll, sich aus den Sachzwängen des technischen Apparats zu befreien und in der Freizeit den ganzen Reichtum ihrer Persönlichkeit zu entfalten. Wir wissen heute, dass die vollautomatisierte Produktion im grossen Massstab ein ökologisches Unding ist. Als Herman Kahn und Anthony J. Wiener Ende der 60er Jahre ihre kühne Prognose für das Jahr 2000 veröffentlichten, setzten sie stillschweigend eine Verdrehundertfachung des Welt-Energieverbrauchs voraus.¹⁰ Allein dieser Umstand genügt, uns aus unseren technologischen Tagträumen zu reissen. Aber nehmen wir einen Augenblick an, das Ziel der automatisierten Wirtschaft sei tatsächlich erreichbar. Wäre es wirklich ein «Reich der Freiheit?» Keineswegs! Es ist überhaupt keine grössere Abhängigkeit denkbar als die Abhängigkeit

von den extremen störungsanfälligen, zentralisierten Versorgungsstrukturen einer vollautomatisierten Wirtschaft. Das ganze gesellschaftliche Leben würde bis in die kleinsten Einzelheiten vom reibungslosen Funktionieren eines einzigen riesigen und hochkomplexen Apparats abhängen. Jeder einzelne hätte seinen Lebenslauf perfekt dem Takt der Automation anzupassen. Freiräume, Inseln selbstbestimmter Aktivität müssten beseitigt, Abweichungen nach Möglichkeit verhindert werden. «Was die mögliche Schaffung einer vollautomatisierten Welt betrifft», schreibt Mumford zu Recht, «so können nur Ahnungslose ein solches Ziel als den höchsten Gipfel menschlicher Entwicklung ansehen. Es wäre eine Endlösung der Menschheitsprobleme nur in dem Sinne, in den Hitlers Vernichtungsprogramm eine Endlösung des Judenproblems war.»¹¹

Der Traum vom «Reich der Freiheit» ist auf dem eingeschlagenen Weg der technisch-ökonomischen Entwicklung nicht zu erfüllen. Im Gegenteil: Am Ende dieses Wege liegt ein «Reich der Notwendigkeit», wie es unerbittlicher und unmenschlicher nicht gedacht werden kann. Nicht der unausrottbare alte Adam, die Unberechenbarkeit des «Faktors Mensch» ist das Problem, sondern der Zugriff immer perfekter technischer Apparate auf das Leben der Menschen. Orwells Buch kann uns heute als Warnung dienen, wenn wir begreifen, dass seine Schreckensvision in dem Masse näher rückt, in

dem wir auf dem Weg zur «perfekten Technik» fortschreiten und dem Technokratentraum der computergesteuerten Produktions- und Konsumwelt näher kommen. Die Bedrohung ist um so grösser, als sie mit allen Anzeichen wohlmeinender Vernunft und leidenschaftsloser Pflichterfüllung daherkommt. Es ist nicht leicht, dagegen «sachlich» zu argumentieren. Jeder Schritt für sich ist die logische Antwort auf ein Problem. Mag sein, dass der Teufel auch hier im Detail steckt; sichtbar wird er nur, wenn man das Ganze betrachtet. Nun sind wir natürlich nicht annähernd in jenem gnadenlosen Zustand der «perfekten Technik», von dem Steinbuch träumt, und voraussichtlich werden wir auch niemals dahin gelangen. Aber nur von seinem logischen Endpunkt aus betrachtet, enthüllt der Prozess des technisch-ökonomischen Fortschritts, wie wir ihn heute betreiben, seine ganze immanente Destruktivität und Inhumanität. Kann uns die Bewegung weiterhin alles sein, wenn das Endziel die Vernichtung der Menschlichkeit ist? Die Frage nach dem Sinn des Fortschritts ist heute vor allem die Frage nach dem Sinn und Ziel jenes technokratischen Projekts, das die Befreiung von der Arbeit verspricht, statt die Arbeit selbst zu befreien.

9 Karl Marx, Kapital Bd. 3, MEW 25, 828.

10 Vgl. Herman Kahn/Anthony J. Wiener, The Year 2000, New York 1967.

11 Lewis Mumford, Mythos der Maschine, Frankfurt/M. 1977, S. 541.

Diskussion über den Weg

Wenn das Endziel entzaubert ist, lässt sich auch über den Weg freier diskutieren. Hier liegt die Chance, die wir ergreifen müssen. Warum sollen wir uns auf immer neue risikoreiche Abenteuer einer menschen- und naturfernen Technik einlassen, wenn am Ende des gefahrenreichen Weges nicht das Gelobte Land der Freiheit und des Überflusses liegt? Sollten wir dann nicht ernsthaft über andere, humانere und ökologisch vernünftigere Möglichkeiten nachdenken? Nicht um Maschinensturmerei geht es, nicht um den vergeblichen Versuch, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sondern um die Suche nach alternativen Pfaden der technisch-ökonomischen Entwicklung im Einklang mit der aussermenschlichen und der menschlichen Natur.

Eine Wirtschaft der mittleren Technologie kann nicht marktwirtschaftlichen Kriterien gehorchen. Sie geht von Bedürfnissen, wie dem Bedürfnis nach sinnvoller Arbeit aus, die in den Gesetzen des Marktes schlicht nicht vorkommen.

Klaus Traube

Dies ist zuerst und vor allem die Frage nach einer Technologiepolitik, die mehr ist als die öffentliche Finanzierung dessen, was von einer tech-

nokratischen Wissenschaftselite erdacht und in den Chefetagen der grossen Konzerne geplant wird. Haben wir Kriterien, an denen sich messen lässt, was wirklich Fortschritt ist? Haben wir die Mittel, einen wirklich humanen Fortschritt auch durchzusetzen? Die letzte Frage berührt das klassische sozialistische Thema der wirtschaftlichen Macht. Es ist keineswegs überholt. Ohne Demokratisierung der Wirtschaft kann der Versuch, den «Stoffwechsel des Menschen mit der Natur» vernünftig zu regeln, nicht gelingen. Aber die Demokratisierung der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel via Mitbestimmung und Vergesellschaftung reicht allein nicht aus. Die Produktionsweise selbst muss verändert werden.

Querköpfe gefragt

Damit sind wir beim Thema einer anderen, einer sanften, emanzipatorischen Technik. Ist sie möglich? Wie könnte sie aussehen? Noch sind wir kaum über die ersten tastenden Versuche hinausgekommen. Wenige Aussenseiter unter den Wissenschaftlern und Ingenieuren haben bisher die Pionierarbeit geleistet; einzelne Politiker haben ihre Vorschläge aufgegriffen. Vom Gros der institutionalisierten Wissenschaft und Politik wurden und werden sie belächelt. Aber das kann sich schon bald ändern. Denn je klarer wir erkennen, dass es auf der Hauptstrasse eher rückwärts als vorwärts geht, um so interessanter wird das Abseitige und das Umwegige. Wenn es

geradeaus gar ins Verderben geht, sind Querköpfe gefragt. Aber waren denn die Entwicklung unserer modernen Technik und der Aufstieg der grossen Industrie nicht begleitet von der Entstehung der Demokratie in Europa? Und gibt es zwischen beiden Strömungen nicht einen Zusammenhang? Gewiss: Das Aufkommen der rationalistisch-naturwissenschaftlichen Weltsicht hat die Bindung an die alten Autoritäten gelockert und schliesslich zerstört; die grosse Industrie hat die Produktion und die Menschen vergesellschaftet und damit demokratische Öffentlichkeit möglich gemacht; eine Fülle technischer Erfindungen und ihre grossindustrielle Verwertung haben zumindest in unserem Teil der Welt das materielle Elend weitgehend beseitigt. Insofern bildet unsere technisch-ökonomische Entwicklung in der Tat die reale historische Basis der modernen Demokratie.

Das ist die eine Seite. Aber daneben gibt es auch die andere, die bedrohliche Seite, und sie tritt immer deutlicher hervor:

- Die Entwicklung unserer Technik führt, über die spezifisch kapitalistische Konzentrations- und Zentralisationstendenz hinaus, auch aus sich heraus zu einer immer grösseren Ansammlung von Macht in wenigen Zentralen und erhöht damit die Chancen des Einsatzes dieser Macht auch gegen demokratische Entscheidungen.
- Derselbe Prozess fördert und beschleunigt die bürgerferne Zentralisierung im

politischen System, indem die Exekutiven ihren Aktionsraum den der ökonomischen Einheiten anzupassen trachten.

- Der ständig wachsende Umfang der technisch-ökonomischen Projekte, ihr riesiger Finanzbedarf und der Rattenschwanz der «externen Effekte» und Folgekosten schaffen mächtige Sachzwänge, die den demokratischen Entscheidungsspielraum dramatisch verengen. Auf diese Weise tendiert die faktische Entwicklung dazu, sich selbst alternativlos zu machen.
- Die hierarchische Struktur der technischen Apparate, die radikale Trennung planender und ausführender Arbeit und die exzessive Zerteilung der Arbeitsprozesse führen zu Einseitigkeit und Verkümmерung und fördern subalternes Verhalten.
- Dadurch, dass immer neue Lebensbereiche den Absatzstrategien der grossen Konzerne und dem Zugriff der technischen Apparate erschlossen und immer neue Tätigkeiten professionalisiert werden, wächst die Abhängigkeit der Menschen von Fremdleistungen und schwindet die Fähigkeit, sich selbst zu helfen.
- Die zur politischen Entscheidung anstehenden Fragen werden immer komplexer, der Umfang der relevanten Daten immer gewaltiger, der Prozess der Willensbildung und Entscheidung selbst immer unüberschaubarer. Trotz aller Bildungsanstrengungen

wird auf diese Weise die politische Laienkompetenz, eine tragende Säule der Demokratie, ausgehöhlt. Wir steuern in die Expertokratie.

- Je komplizierter die technische Welt, um so weniger Informationen kann der Bürger aus eigener Anschauung und Erfahrung gewinnen. Wie seine Welt aussieht und was in ihr passiert, erfährt er zumeist vermittelt durch die Medien. Wer die Medien kontrolliert, hat damit also nicht nur ein Mittel zur Beeinflussung von Meinungen, sondern auch ein Instrument zur weitgehenden Kontrolle des menschlichen Erfahrungsraumes.
- Durch den rasant steigenden Verbrauch an Rohstoffen und Energie wird die Abhängigkeit der rohstoffarmen Länder vom Ausland immer grösser.
- Die Verwundbarkeit unseres technisch-ökonomischen Systems und die Gefahr ökologischer Katastrophen nimmt ständig zu. Störfälle können jederzeit einen ökologischen Notstand oder eine ernste Versorgungskrise herbeiführen. Die Verknappung und Verteuerung der Rohstoffe erhöht die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen. Die Wahrscheinlichkeit eines allgemeinen Notstandes nimmt zu; und der Notstand ist die Stunde der Exekutive, nicht der Demokratie. Gegen die wachsenden Risiken versuchen wir uns mit immer umfassenderen Sicherheitsmassnahmen zu schützen. Die Ge-

fahr, dass die Demokratie sich zu Tode schützt, liegt auf der Hand.

- Neue technische Möglichkeiten der Herrschaftssicherung und der Manipulation, deren grauenerregendste die Gen-Chirurgie ist, bedrohen die Freiheit und die Menschlichkeit heute radikaler als alle frühere Herrschaftstechnik.

Feststellungen wie diese entspringen nicht einer krankhaften Neigung zu apokalyptischen Visionen. Man kann sie auch nicht einfach abtun als den Ausdruck eines intellektuellen Unvermögens, sich mit den harten Tatsachen des Lebens abzufinden. Sie benennen wirkliche Gefahren in einer Welt, in der Wissenschaft und Technik der sozialen Kontrolle entgleiten.

Wir erfahren heute, dass die ständige Steigerung der Quantität tatsächlich in eine neue Qualität umschlagen kann: Die Dialektik des Fortschritts macht es möglich, dass aus Wohltat Plage wird. Die immer weiter getriebene Steigerung der Produktivität, die Zusammenfassung immer riesiger technischer und ökonomischer Potentiale, immer umfassendere Apparate zur Bewältigung der Risiken, die fortschreitende Technisierung aller Lebensbereiche – all dies schmückt sich mit der Fahne des Fortschritts. Ist es wirklich Fortschritt?

Die Verunsicherung sitzt tiefer, als die meisten wahrhaben wollen. Längst nicht immer äussert sie sich politisch. Irrationale Gewaltausbrüche, Ausflippen, selbstzerstörerische Flucht in Drogen und Alkohol sind verbreitete Reak-

tionen. Wo die Revolte zum Bewusstsein ihrer selbst gelangt und politisch wird, trifft sie auf die Grosse Koalition der «Vernunft». Natürlich ist das, was sich als lautere Vernunft ausgibt, zu einem erheblichen Teil nacktes, egoistisches Interesse; es geht um Profite, es geht zum Posten, es geht um Macht. Aber dies ist nicht die ganze Wahrheit. Viele, die den eingeschlagenen Kurs der technisch-ökonomischen Entwicklung verteidigen, tun dies in der ehrlichen Absicht, für die Mehrheit, für das Volk das Beste zu erreichen. Und das Beste ist für sie ganz selbstverständlich das Grösste, das Höchste, das Schnellste, das jeweils Neueste auf dem Markt der technologischen Eitelkeiten.

Aber Optimierung und Maximierung sind keineswegs dasselbe. Von der Masslosigkeit und von denen, die sich davon noch für eine Weile steigende Profite und Machtzuwachs versprechen können, droht die grösste Gefahr. Das ist ein klassisches Thema. Von Aristoteles bis Tocqueville bildet es den Tenor der konservativen Klage über die Hybris des Fortschritts. Heute kehren sich die Rollen teilweise um. In der Bundesrepublik sind die Konservativen die rücksichtslosesten Verfechter der industriellen Expansion, und die Linke diskutiert über die Grenzen des Wachstums, fordert eine Technik und eine Wirtschaft nach menschlichem Mass. Erhard Eppler hat versucht, den Rollenwechsel durch die Unterscheidung von «Struktur-konservativen» und «Wert-

konservativen» zu verdeutlichen. Die Begriffe haben ihre Tücken. Aber richtig ist, dass aus der Sicht der technokratischen Fortschrittselite das Beharren demokratischer Sozialisten auf Werten wie Freiheit, Solidarität und Menschenwürde altmodisch erscheinen muss.

Zur Hoffnung verpflichtet

Nun ist nicht jeder eine Speerspitze des Fortschritts, der sich dafür hält, und wo ein Richtungswechsel notwendig wird, kann die Vorhut leicht zur Nachhut werden. In unserer Gesellschaft wachsen die Kräfte, die eine solche Entwicklung anbahnen könnten. Selten ist ein Wandel des Bewusstseins so rasant verlaufen wie in ökologischen Fragen. Die Faszination der technokratischen Modelle und die messianische Wirkung ihrer Propheten haben merklich nachgelassen. Die Zahl der Bürger, die sich dagegen wehren, dass ihnen die Zukunft (im Wortsinne) «verbaut» wird, hat in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Begreifen auch wir endlich, dass man die Demokratie nicht in Besitz nehmen kann wie ein schlüsselstelliges Haus, dass der Staat, die Parteien, die Gewerkschaften nicht Dienstleistungsunternehmen sind, von denen wir zu entsprechenden Kosten Wohlstand, Freiheit und Glück erwarten können? So wie sich die Erfinder die «Tendenzwende» vorgestellt hatten, hat sie jedenfalls nicht stattgefunden. Dass die Demokratie im Alltag lebt oder stirbt, dass sie abhängt von der Zivilcou-

rage, vom Engagement und, wenn es nicht anders geht, vom Widerstand jedes einzelnen – diese einfache Weisheit scheint nach Jahren der Resignation wieder an Boden zu gewinnen.

«Wo die Gefahr wächst, wächst das Rettende auch»? Sicher kann man da nie sein. Aber als demokratischer Sozialist, der nicht wie die orthodoxen Marxisten mit angeblich objektiven Gesetzmäßigkeiten der Geschichte paktiert, ist man zur Hoffnung verpflichtet. «1984» darf nicht Wirklichkeit werden, auch nicht 1994 oder im Jahre 2004! In den 80er Jahren werden Weichen gestellt, in die eine oder die andere Richtung. Wir haben die Möglichkeit, Fehlentwicklungen zu korrigieren, neue Ansätze auszuprobieren. Mischen wir uns ein!

**Wo Freiheit als
Chance zu freier und
solidarischer
Selbstverwirklichung
verstanden wird,
geraten wir schon in
die Nähe der
Gerechtigkeit. Im
Schnittpunkt
zwischen Freiheit und
Gerechtigkeit liegt,
was mit
Demokratisierung
gemeint ist.**

Erhard Eppler